

Der „Bürgerblock“ Schwarz-Gelb abgewählt - Mappus weg

Freude und Erleichterung breiten sich aus...

...Wenn da nur nicht die Erinnerung wäre an die allzu bekannten „Umfälle“ der Führung von SPD und Grünen:

- Das Mutieren einer pazifistischen Partei zur militaristischen Speerspitze im Jugoslawienkrieg unter Außenminister Josef Fischer/Die Grünen.
- Das Mutieren einer Partei, die nach sozialer Gerechtigkeit ruft, zur Speerspitze der sozialen Demontage: Hartz IV, Rente mit 67 usw. unter Kanzler Schröder mit solchen „Recken“ wie Clement, Scharping und Riester.

Und auch zur Atompolitik – jedenfalls gemessen an ihren ursprünglichen Aussagen – zeichnete sich die Politik der Grünen Führung, wie auch die der SPD, durch wohlwollende Berücksichtigung der Interessen der Energiekonzerne und der Atomlobby aus.

In diesem Sinne wird die Kretschmann-Schmid-Regierung in Baden Württemberg jede Menge „Unterstützung“ brauchen, nicht nur um nicht gleich wieder umzufallen, sondern um das Wenige, das im Kapitalismus an politischem Fortschritt möglich ist, auch zu tun:



Aufdecken der Machenschaften und zur Verantwortung ziehen!

Stuttgart 21

- Stuttgart 21 muss fallen und damit auch die Unterbindung jeglichen Versuchs, die Gegner zu kriminalisieren.
- Bestrafung der Verantwortlichen der Polizeieinsätze vom 30.09.2010.
- Aufdeckung des Beziehungsgeflechts zwischen Staatsregierung, Baukonzernen, Automobil- und LKW-Kapital, Bahnführung, Architekturbüros, Gutachter- und Rechtsanwaltskanzleien, das Stuttgart 21 wider besseren Wissens zu Lasten des Steuerzahlers durch zu setzen versucht hat.
- Sofortige Aufdeckung aller Akten und Gutachten.
- Auszeichnung und Ehrung aller Aktivisten.

ENBW:

- Sofortige Aufdeckung der Verträge und aller Umstände, die zum Deal zwischen Mappus und den früheren Eigentümern der ENBW geführt haben.
- Amtshilfeersuchen an die französische Gerichtsbarkeit.
- Untersuchungsausschuss des Landtags wegen Missachtung des Parlaments durch die Mappus-Regierung.
- Bei pflichtwidrigem Verhalten gebührende Bestrafung der Verantwortlichen.

LBBW:

- Untersuchungsausschuss zum Verhältnis von Staatsregierung und LBBW, bis zurück in die Verantwortlichkeiten von Späth, Teufel und Öttinger.
- Aufdeckung der Schäden, die dem Land dadurch entstanden sind.
- Rückhaltlose Aufklärung über die weiterhin vorhandenen Risiken durch die hochspekulativen Anlagen der LBBW.
- Schluss mit der Maultaschenkonnektion!

Das alles ist natürlich nur „Ein-Wenig-den-Saustall-aufräumen“. Und es ist natürlich immer noch Kapitalismus, lediglich erleichtert von den größten und stinkendsten Haufen an Untreue, Betrug, Korruption, Selbstherrlichkeit, Größenwahn und übelstem Intrigantentum.

Was auf jeden Fall von einer demokratischen Regierung zu verlangen ist, ist die Beseitigung aller Einschränkungen der Demokratie und der freien politischen Betätigung, d.h. in erster Linie:

Antifaschismus und Demokratie

- Weg mit dem neuen Versammlungsgesetz!
- Weg mit dem „Verfassung“-schutz (VS)! Als Sofortmaßnahme: Ablösung der Führung des VS, Abziehen aller V-Leute aus der NPD und anderen faschistischen Organisationen als Vorbereitung eines neuerlichen Antrags zum Verbot der NPD.
- Schluss mit der Bespitzelung von Linken und anderen Demokraten.

- Wiederaufnahme von Verfahren gegen Antifaschisten, die aufgrund der reaktionären Ausrichtung der Staatsanwaltschaft angestrengt worden waren und ggf. Wiedergutmachung.
- Sofortige Ablösung des Oberstaatsanwalts Häußler und Ausmistung der Staatsanwaltschaft Stuttgart, die sich durch Beschützen von Nazis und Verfolgen von Antifaschisten besonders ausgezeichnet hat.
- Aufdecken der Verantwortlichkeiten des ehemaligen Justizministers Goll (FDP) für die reaktionäre Ausrichtung der Justiz, insbesondere der Staatsanwaltschaft Stuttgart.
- Schluss mit der Verfolgung von ausländischen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.
- Öffentliche Belobigung bes. von jungen Aktivisten und Antifaschisten mit Migrationshintergrund.
- Ernst machen mit dem „Aufstand der Anständigen“.
- Schluss mit der ehrenden Erwähnung von Personen mit Nazivergangenheit (Filbinger, Kiesinger, Lämmle u.a.).
- Überwachung der Beziehung von CDU und faschistischen Kräften (Weikersheim, Pforzheim u.ä.).
- Für menschenwürdige Asylpolitik. Kein Mensch ist illegal!



Widerstand – Nur Wahlkampfhilfe für die Grünen?

Der damalige stellvertretende Ministerpräsident Dieter Spöri fungierte danach als bevollmächtigter Lobbyist bei der Bundesregierung im Auftrag des Daimler-Konzerns). Selbst die Partei DIE LINKE (PDL) kam in Ba Wü nicht aus der Umklammerung der Alt-SPDler vom Schlage Ulrich Maurer los. Auch daher das beschämende Abschneiden der PDL in Baden Württemberg, die ihre Verankerung in der Gewerkschaft wahrlich hätte besser ausnutzen können. Sie ist in Fragen der Demokratie (beim Antifaschismus und besonders beim Antimilitarismus) und bei der sozialen Frage ohne Biss und Profil geblieben ist.

Antimilitarismus

- Keine öffentlichen Gelöbnisse!
- Sofortige Beendigung der „militärisch-zivilen Zusammenarbeit“ im Gesundheitswesen, an den Schulen und Forschungseinrichtungen, bei Sportverbänden und anderen öffentlichen Einrichtungen (Jobcenter).
- Beendigung der Prozesse gegen Kriegsgegner. Statt dessen: Öffentliche Belobigung ihres couragierten Engagements.
- Einsatz der Landesregierung für die Auflösung des KSK.

Außerdem:

- Für die sofortige Abschaltung der alten Kraftwerke in Baden Württemberg und deutlich machen, dass nicht das Atom das Problem ist, sondern seine Unterwerfung unter das Profitregime.

Das Kretschmann und Schmid gerade keine Aufbruchsstimmung verbreiten, sondern von Demut schwafeln und „es war nicht alles schlecht“ murmeln, zeigt, dass sie die Mistgabel des Herakles nicht aufnehmen wollen. Zu sehr ist, insbesondere die SPD-Führung, in den Sumpf mit eingebunden (s. Große Koalition in Ba Wü. von 1992-96).

Es wird keine Atempause für uns geben, wenn nicht um diese Forderungen nachdrücklich und noch während der Koalitionsverhandlungen gerungen wird. Sehr bald wird sich dann zeigen, ob der Protest gegen Stuttgart 21 nur eine Wahlkampfhilfe für die Grünen-Führung war und der nächste „faule Frieden“ mit den Großkonzernen und ihrem Hofstaat bevorsteht. Jetzt Druck auf die sich bildende sozial-grüne Regierung auszuüben, kann auch der Arbeiterbewegung Impulse geben, ohne deren aktives Eingreifen mittel- und längerfristig kein grundlegender Wandel in der Politik möglich ist. Denn auch die Befriedigung der demokratischen Forderungen, wie sie oben formuliert wurden, beseitigt nicht Arbeitslosigkeit, Verarmung und Verdummung, beseitigt noch nicht die Herrschaft der Großbanken und -konzerne und damit die Ausrichtung unserer Produktions- und Lebensweise am Profit, beseitigt noch nicht die Unsicherheit der Existenz. Um hier grundsätzliche Änderungen herbei zu führen, braucht es die Arbeiterbewegung. Dazu braucht es die Stärkung der Gewerkschafts-Bataillone, um die Mindestverbesserungen bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dazu braucht es eine Stärkung der revolutionären Bataillone, um mit dem Saustall aufzuräumen. Und das ist mehr als Herakles getan hat.

KAZ

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH !

Probexemplar bestellen:

Tel: 0911 - 356 913

Fax: 0911 - 356 913

email: gruppeKAZ@aol.com

Internet: www.kaz-online.de